

A18 Praktikum? Das ist doch kein Hobby! Vergütungen ist kein Verhandlungswert – Ausbeutung beenden

Antragsteller*in: Jusos Lindenthal

Antragstext

1 Die Jusos Köln fordern den Unterbezirksvorstand und die SPD-Fraktionen im Kölner
2 Stadtrat

3 sowie im Landtag und Bundestag auf, sich auf allen politischen Ebenen
4 entschlossen für die

5 umfassende Vergütung von Pflichtpraktika im Studium und Ausbildung in
6 mindesthöhe des

7 FSJ Taschengeldes einzusetzen, sowie Beratungsstellen auszubauen oder zu
8 installieren.

9 Die Jusos Köln fordern daher die sofortige und flächendeckende Vergütung aller
10 im Rahmen

11 von Studien- und Ausbildungsordnungen vorgeschriebenen Praxisphasen.

12 2.1. Gerechte Vergütungshöhe

13 Festlegung einer Mindestvergütung: Die Vergütung muss sich mindestens an den
14 Umfängen

15 des Taschengeldes im Rahmen des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) richten.

16 2.2 Informationskampagne:

17 Die Jusos Köln fordern die Stadt Köln und die Kölner Hochschulen auf, aktiv über
18 die Rechte

19 von Praktikant*innen und Auszubildenden aufzuklären und eine zentrale
20 Beschwerdestelle einzurichten.

Begründung

Unbezahlte Pflichtpraktika in der Ausbildung oder im Studium sind längst kein reiner

„Lernort“ mehr, sondern oft eine Form der systematischen Ausbeutung. Wer in

Betrieben vollwertige Arbeit leistet und zum Unternehmenserfolg beiträgt, verdient

eine leistungsgerechte Entlohnung statt bloßer Vertröstungen auf ein „Lerngehalt“. Die aktuelle Praxis verschärft die soziale Ungleichheit: Nur wer es sich finanziell

leisten kann, erhält den entscheidenden Türöffner für den Berufseinstieg oder den

benötigten Schein im Studium . Damit subventioniert die junge Generation

wohlhabende Unternehmen auf Kosten der eigenen Chancengleichheit. Um dem

Fachkräftemangel wirksam zu begegnen, braucht es keine Demotivation durch

prekäre Bedingungen, sondern Wertschätzung. Eine faire Vergütung sichert die

Ausbildungsqualität, stärkt die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und macht den

Weg in den Beruf endlich für alle zugänglich – unabhängig vom Elternhaus.

4. Beschluss

Die Jusos Köln fordern den Unterbezirksvorstand und die SPD-Fraktionen im Kölner Stadtrat

sowie im Landtag und Bundestag auf, sich auf allen politischen Ebenen entschlossen für die

umfassende Vergütung von Pflichtpraktika im Studium und Ausbildung in mindesthöhe des

FSJ Taschengeldes einzusetzen, sowie Beratungsstellen auszubauen oder zu installieren.

Die Jusos Köln sehen in der Nichtvergütung von Pflichtpraktika im Studium und in

Ausbildungen einen zentralen Pfeiler der Prekarisierung junger Menschen. Das Studium und die Ausbildung dürfen keine Schuldenfalle sein. Dennoch zwingt die aktuelle Praxis, die unbezahlte Arbeit als selbstverständlich zu betrachten. Tausende Studierende und Auszubildende werden in die Abhängigkeit von ihren Eltern oder in einen zeitraubenden Nebenjob-Marathon getrieben.

Dies ist nicht nur eine Frage der individuellen Finanzierung, sondern eine gesamtgesellschaftliche Schieflage. Während die Betriebe qualifizierte Fachkräfte von morgen benötigen und direkt von ihrer Arbeitsleistung im Praktikum profitieren, wird die finanzielle Last des Ausbildungsprozesses privatisiert. Dies untergräbt das Versprechen der Chancengleichheit und schadet der Demokratisierung der Bildung. Wer aus einem finanziell schwachen Haushalt kommt, ist oft gezwungen, das qualitativ beste oder zeitlich passende, aber oft unbezahlte Praktikum abzulehnen und stattdessen doch im Job zu bleiben oder die finanziellen Probleme einzugehen. Die Praxisphasen selbst werden so zu einer massiven finanziellen Belastung, da Studierende und Auszubildende gezwungen sind, ihre existenzsichernden Mini- oder Midijobs drastisch zu reduzieren, oder unter hohem gesundheitlichen Stress die Praktikumsstunden zusätzlich zu ihrer Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen. Dies darf nicht die Realität sein.